

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 2. März

(Stand: 02.03, 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket** (Entwicklung seit dem letzten Update vom 28.2.)
- **3. Russland-Gegensanktionen**
- **4. Sanktionen der USA**
- **5. Sanktionen weiterer Länder**
- **6. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft** (Presseauswertung)
- **7. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie ab sofort auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167129.

Briefing zu Kriegsfolgen für die Wirtschaft vom 2. März 2022 von Auswärtigem Amt, Bundeswirtschaftsministerium, Bundesfinanzministerium, BAFA

Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen:

- Die Ministerien planen, das Briefing ab sofort jeden Mittwoch zur selben Zeit anzubieten (11:30 – 13:00 Uhr). Das Briefing läuft über einen offenen Webex-Kanal, daher können besonders vertrauliche Informationen nicht ausgetauscht werden. Kontakt im Auswärtigen Amt: 402-S@diplo.de oder Tel. (030) 18 17 – 3583
- Das BAFA hat eine Übersichtsseite zu den Sanktionen auf der Homepage. Erläuterungen dazu werden nach und nach eingestellt: www.bafa.bund.de. Es gibt dort auch Unterscheidungen nach Ländern. Auch eine spezielle Russland-Telefonhotline des BAFA steht auf der Homepage. Bevorzugt wird die schriftliche Anfrage.
- Das BAFA ist nur für Embargo-Maßnahmen für Güter, nicht für den Kapitalmarkt zuständig. Dazu sollte man sich an das Servicezentrum der Deutschen Bundesbank wenden.
- Der DIHK hat ebenfalls eine Hotline geschaltet für Anfragen zu Sanktionsfolgen. Der DIHK startet zudem die Kampagne #wirtschafthilft insbesondere für Aufnahme von Flüchtenden. Die Ministerien schlagen vor, Aktivitäten in diesem Bereich von Unternehmensseite über den DIHK zu bündeln. [Ukraine: Viele Unternehmer wollen helfen – und tun es schon \(dihk.de\)](#)
- SWIFT (siehe auch Kapitel 2 zu EU-Sanktionen): SWIFT wird die betroffenen Banken abkoppeln und damit den Zahlungsverkehr zwischen den Banken und dem Rest der Welt unterbrechen. Es gibt nur eine sehr kurze Übergangsfrist. Es ist weiter geplant, gewisse Finanzkanäle offenzuhalten, z.B. für Energiezahlungen und humanitäre Zwecke.
- Ukraine: Exportkredite und Investitionsgarantien müssen neu bewertet werden. Es gibt eine dynamischer Risikosituation. Für Neudeckung und Versendungen in die

Ukraine gibt es Prüfungen bei Einzeldeckungen, auch Übernahme von Neudeckungen kommt noch in Betracht, nach Risikobewertung.

- Russland: Wo derzeit noch Lieferungen oder Auszahlungen anstehen, sollte Euler Hermes kontaktiert werden. Für erfolgte Sendungen besteht Deckungsschutz, für neue Versendungen allerdings kein Deckungsschutz mehr.
- Hilfen für Unternehmen: Besonderes Augenmerk soll hier KMU gelten. Gedacht wird an besonders günstige Darlehen für Kredite. Maßnahmen werden derzeit aber noch geprüft.
- Ansprechpartner zum Thema Energieversorgungssicherheit im BMWK ist Herr Wellershoff: Jan-Kristof.Wellershoff@bmwi.bund.de
- Die Maßnahmen des BMWK-Markterschließungsprogramm für Projekte mit/in Russland sind vorerst gestoppt. Kontakt: petra.kirsten@bmwi.bund.de
- Auf europäischer Ebene scheint es bereits erste Listen zu geben an benötigten Hilfsgütern für den Bereich Medizintechnik - die Abfrage läuft über MedTecEurope.
- Es scheint erste Zollämter zu geben, die jeden Warenverkehr nach Russland in Frage stellen und nach BAFA-Bescheiden fragen. Es gibt eine Unsicherheit bezüglich sanktionierter und nicht-sanktionierter Güter. Es gibt z.B. Unklarheiten zu verbauten Mikrochips in Produkten. Probleme gibt es auch im Bereich der Landtechnik. Hier bemühen sich Ministerien um mehr Klarheit.
- Hightech-Güterliste Aussage BMWK: Sanktioniert sind nur gelistete Güter/Warengruppen, aber eigentlich nicht Güter, in denen gelistete Komponenten (Chips) verbaut wurden. Der aktuelle Rechtstext ist aber nicht ganz genau, man bemüht sich in Brüssel um Klärung.
- Aufenthaltsstatus Flüchtlinge (aus der Ukraine und Russland): Bitte der Unternehmen um schnelle Legalisierung der Aufenthaltstitel wird weitergegeben. Durch Europäische Regelung (Massenzustromsverordnung) soll in Kürze Aufnahme von Flüchtlingen stark vereinfacht werden.
- Flüchtlingstransport: Aktuelle Regelung sagt bereits, Flüchtlinge, die über Schienenverbindungen kommen, können europaweit ohne Kosten weiterfahren. Gilt auch für ausländische Menschen mit ukrainischem Visum. Die europäischen Bahnen weiten ihr Verkehrsangebot aus.
- Ukrainische Häfen werden aus Sicherheitsgründen derzeit nicht angefahren, einige Häfen sind bereits vermint. Es gab russische Drohungen, dass z.B. auf Schiffe geschossen wird, die den Hafen Odessa anlaufen. Unklar ist, was mit vor Ort ankernden internationalen Schiffen jetzt geschieht.

- Russland-Schiffsverkehr scheint auch weitgehend zu ruhen. Großbritannien hat bereits seine Häfen für russische Schiffe geschlossen.
- Über weitere russische Gegensanktionen kann abgesehen von den Devisenbeschränkungen aktuell nur spekuliert werden. In Bezug auf Bareinlagen gibt es Beschränkungen von 100.000 Euro. Unklar ist, wie man über diese Summe hinaus gehen kann.
- Flugbeschränkungen: z.B. Arabische Länder scheinen weiter zu fliegen. Es scheint auch darüber hinaus Länder zu geben, die mit dem Krieg gute Geschäfte machen. Bundesregierung tätig werden, hat es im Blick.
- Unternehmen berichten von erheblichen Problemen in der Logistik in die Ukraine. Hoher Bedarf an Lösungen.
- Die ukrainische Nationalbank NBU hat am 24.02. ein 30 Tage Moratorium für alle Cross-Border-Zahlungen eingeführt.
- Kryptowährungen erleben massiven Aufschwung. SWIFT-Ausschluss befeuert dies. Die Ministerien haben das Thema im Blick.
- Es gibt durch die zunehmenden Blockaden der Verkehrswege durch Russland und die Ukraine große Probleme mit dem Handel mit Zentralasien.
- Die Ministerien wollen die Frage nach FAQ-Listen zu den Finanzsanktionen prüfen

Der Ost-Ausschuss bietet am morgigen 3. März ebenfalls ein Briefing für Unternehmen mit Beteiligung des Auswärtigen Amts an:

Die Sitzung unter Leitung von Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland sowie Philipp Sweens, Geschäftsführer der HHLA International GmbH und Länderkreissprecher Ukraine, findet im Online-Format am **Donnerstag, den 3. März 2022, von 11:30 bis 12:30 Uhr (MEZ)** statt.

Wir würden uns sehr über Ihre Teilnahme freuen und bitten um eine Rückmeldung unter diesem [LINK](#) und dem allgemeinen Code RU_UKR2022.

Eine E-Mail mit den entsprechenden Einwahldaten erhalten alle angemeldeten Teilnehmer rechtzeitig vor der Sitzung.

Für Rückfragen zu diesem Briefing steht Ihnen Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: C.Schuchart@oa-ev.de und Stefan Kägebein T: 030 206167 113, E-Mail: S.Kaegebein@oa-ev.de jederzeit gern zur Verfügung.

2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket (Entwicklung vom 2. März)

Die EU hat weitere Dokumente zu ihrem dritten Sanktionspaket gegen Russland veröffentlicht. Sieben russische Banken werden aus dem SWIFT-System ausgeschlossen. Außerdem gibt es die bereits angekündigten Maßnahmen gegen russische Nachrichtenkanäle.

Pressemitteilung zu SWIFT:

[Russia's military aggression against Ukraine: EU bans certain Russian banks from SWIFT system and introduces further restrictions - Consilium \(europa.eu\)](#)

Arbeitsübersetzung:

Der Rat hat heute in Anbetracht der unprovokierten und ungerechtfertigten militärischen Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine weitere restriktive Maßnahmen eingeführt.

Der Rat beschloss insbesondere, Folgendes zu verbieten:

- die Erbringung von spezialisierten Finanznachrichtendiensten, die für den Austausch von Finanzdaten (SWIFT) verwendet werden, für die Bank Otkritie, die Novikombank, die Promsvyazbank, die Rossiya Bank, die Sovcombank, die VNESHECONOMBANK (VEB) und die VTB BANK". Dieses Verbot tritt am zehnten Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft und gilt auch für alle juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen mit Sitz in Russland, deren Eigentumsrechte zu mehr als 50 Prozent direkt oder indirekt von den oben genannten Banken gehalten werden.
- in künftige, vom Russischen Direktinvestitionsfonds kofinanzierte Projekte zu investieren, sich daran zu beteiligen oder anderweitig dazu beizutragen.
- auf Euro lautende Banknoten nach Russland oder an eine natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung in Russland, einschließlich der Regierung und der russischen Zentralbank, oder zur Verwendung in Russland zu verkaufen, zu liefern, zu übertragen oder auszuführen.

Die heutigen Beschlüsse ergänzen das Maßnahmenpaket, das die Hohe Vertreterin nach der Videokonferenz der EU-Außenminister am 27. Februar angekündigt hatte. Zu diesem Paket gehören auch die Bereitstellung von Ausrüstung und Nachschub für die ukrainischen Streitkräfte über die Europäische Friedensfazilität, ein Verbot des Überflugs des EU-Luftraums und des Zugangs zu EU-Flughäfen für russische Fluggesellschaften aller Art, ein Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank und das Verbot für die staatlichen Medien Russia Today und Sputnik', in der EU zu senden.

Die Europäische Union verurteilt die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste und fordert, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich einstellt, alle Streitkräfte und militärischen Ausrüstungen bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt achtet.

Pressemitteilung zum Verbot russischer Nachrichtenkanäle:

[EU imposes sanctions on state-owned outlets RT/Russia Today and Sputnik's broadcasting in the EU - Consilium \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-room/en/infobox-item-0)

Arbeitsübersetzung:

Der Rat hat heute als Reaktion auf die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine weitere restriktive Maßnahmen eingeführt. Mit diesen Maßnahmen wird die EU die Sendetätigkeit von Sputnik und RT/Russia Today (RT English, RT UK, RT Germany, RT France und RT Spanish) in der EU oder an die EU gerichtet so lange aussetzen, bis die Aggression gegen die Ukraine beendet ist und bis die Russische Föderation und die mit ihr verbundenen Sender ihre Desinformations- und Informationsmanipulationsmaßnahmen gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten einstellen.

Josep Borrell, Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik:

Die systematische Informationsmanipulation und Desinformation durch den Kreml wird als operatives Instrument bei seinem Angriff auf die Ukraine eingesetzt. Sie stellen auch eine erhebliche und direkte Bedrohung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Union dar. Heute unternehmen wir einen wichtigen Schritt gegen Putins Manipulationsversuche und drehen den staatlich kontrollierten russischen Medien in der EU den Hahn ab. Wir haben bereits früher Sanktionen gegen die Führung von RT, einschließlich des Chefredakteurs Simonyan, verhängt, und es ist nur logisch, dass wir auch die Aktivitäten der Organisationen innerhalb unserer Union ins Visier nehmen.

Sputnik und Russia Today stehen unter ständiger direkter oder indirekter Kontrolle der Behörden der Russischen Föderation und sind für die Vorverlegung und Unterstützung der militärischen Aggression gegen die Ukraine und für die Destabilisierung ihrer Nachbarländer von wesentlicher Bedeutung und hilfreich.

Die Russische Föderation hat eine systematische internationale Kampagne der Desinformation, der Informationsmanipulation und der Verzerrung von Tatsachen durchgeführt, um ihre Strategie der Destabilisierung ihrer Nachbarländer, der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu unterstützen. Die Desinformation und Informationsmanipulation richtete sich wiederholt und konsequent gegen europäische politische Parteien, vor allem während der Wahlperioden, gegen die Zivilgesellschaft, gegen geschlechtsspezifische und ethnische Minderheiten in Russland, gegen Asylbewerber und gegen das Funktionieren der demokratischen Institutionen in der EU und ihren Mitgliedstaaten.

Um ihre militärische Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen und zu unterstützen, hat die Russische Föderation kontinuierliche und konzertierte Desinformations- und Informationsmanipulationsmaßnahmen durchgeführt, die sich gegen die EU und die benachbarten Mitglieder der Zivilgesellschaft richteten, wobei Tatsachen in gravierender Weise verzerrt und manipuliert wurden.

Die neuen Verordnungen sind bereits im Amtsblatt der EU erschienen:

[EUR-Lex - L:2022:063:TOC - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Die sieben sanktionierten Banken sollen ungefähr 70 Prozent des russischen Marktes umfassen. Nicht betroffen sind etwa die Sberbank und die Gazprom-Bank, über die die großen Rohstoffgeschäfte abgewickelt werden.

Meldung zu den neuen EU-Belarus-Sanktionen:

BRÜSSEL (dpa-AFX) - Die EU-Staaten sind sich einig über neue Sanktionen gegen Russlands Verbündeten Belarus. Dies teilte die französische EU-Ratspräsidentschaft auf Twitter mit. Betroffen seien vor allem die belarussische Holz-, Kali- und Stahlindustrie. Die Maßnahmen träten in Kraft, sobald sie im EU-Amtsblatt veröffentlicht seien.

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko gilt als Verbündeter und militärischer Unterstützer von Kremlchef Wladimir Putin im Krieg gegen die Ukraine. Russische Angriffe auf das Nachbarland werden auch von belarussischem Gebiet aus geführt. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte am Sonntag Strafmaßnahmen gegen Belarus angekündigt und die Regierung Lukaschenko "den anderen Aggressor in diesem Krieg" genannt.

Ziel sind nach den Worten von der Leyens die wichtigsten Sektoren des Landes. Es gehe um den Stopp der Ausfuhr von Erzeugnissen wie mineralischen Brennstoffen, Tabak, Holz, Zement, Eisen und Stahl. Auch die Ausfuhrbeschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck - sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können - würden auf Belarus ausgedehnt. So soll vermieden werden, dass Sanktionen gegen Russland umgangen werden. Persönliche Sanktionen sollen die Belarussen treffen, die die russischen Kriegsbemühungen unterstützen.

Die EU hatte bereits vergangenes Jahr weitreichende Sanktionen gegen Belarus in Kraft gesetzt, damals wegen Lukaschenkos Vorgehens gegen die Opposition und die erzwungene Umleitung eines Ryanair-Flugzeugs.

Am Dienstag hatte auch Großbritannien Sanktionen gegen mehrere Organisationen und Personen aus Belarus verhängt, darunter der Chef des belarussischen Generalstabs sowie drei weitere hochrangige Vertreter der Militärführung und zwei militärische Unternehmen.

Die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (EBWE) hat beschlossen, Russland und Belarus den Zugang zu ihren Finanzen zu verwehren. **EU-Kommission EBRD** (EN)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:
[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanktionstracker)

3. Russland-Gegensanktionen

Zurzeit gibt es zwei Präsidialerlasse vom 28.02.2022 und 01.03.2022, die durch mehrere Teilmaßnahmen den Abfluss von Devisen aus Russland verhindern sollen. Es sind weitere reziproke und asymmetrische Gegensanktionen gegen Marktteilnehmer aus "unfreundlichen Staaten" zu erwarten.

Um zumindest den Abfluss von Kapital in ausländischer Währung aus Russland zu verringern, hat Russland vom 1. März an die Ausfuhr von ausländischem Bargeld über einer bestimmten Grenze untersagt.

Bargeld in Fremdwährung ab einem Gegenwert von umgerechnet 10.000 Dollar (knapp 9000 Euro) sei von dem Verbot betroffen, heißt es in einem vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichneten Dekret. Devisen sind in Russland derzeit besonders stark gefragt, nachdem der Rubelkurs kräftig eingebrochen ist. Die Menschen in Russland fürchten nach der beispiellosen Entwertung um ihre Ersparnisse durch den Krieg.

Putin begründete sein Verbot der Ausfuhr von ausländischem Bargeld mit »unfreundlichen« Schritten der USA und anderer westlicher Staaten und Organisationen gegen Russland. Zahlreiche russische Banken sind mit Sanktionen belegt. Deshalb funktionieren schon einige Kartenzahlungen in Geschäften nicht mehr.

Hier das Präsidentendekret im Wortlaut (Arbeitsübersetzung):

Präsidialerlass Nr. 81 vom 1. März 2022 über zusätzliche befristete wirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität in der Russischen Föderation

Angesichts der völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundener ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die mit der Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden sind, hat der Präsident der Russischen Föderation zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, zur Gewährleistung ihrer finanziellen Stabilität und in Übereinstimmung mit dem Föderalen Gesetz Nr. 281-FZ vom 30. Dezember 2006 "Über wirtschaftliche Sonder- und Zwangsmaßnahmen" und Nr. 390-FZ vom 28. Dezember 2010 "Über Schutzmaßnahmen" den folgenden Erlass unterzeichnet.

1. Ergreifung folgender zusätzlicher vorübergehender wirtschaftlicher Maßnahmen zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität in der Russischen Föderation

a) ab dem 2. März 2022 ein **spezielles Verfahren für Gebietsansässige** (Anm.: *natürliche + juristische Personen mit Sitz in der RF; Deviseninländer*) einzuführen, um die folgenden Transaktionen (Geschäfte) mit ausländischen Personen durchzuführen, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die feindliche Handlungen gegen russische juristische und natürliche Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen Bürger dieser Staaten sind, der Ort ihrer Registrierung, der Ort ihrer präemptiven Geschäftstätigkeit oder der Ort des präemptiven Gewinns aus ihrer Tätigkeit diese Staaten sind), sowie mit Personen, die

- Transaktionen (Geschäfte), die die Gewährung von Darlehen und Krediten (in Rubel) an Personen ausländischer Staaten beinhalten, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Gewährung von Darlehen und Krediten nach den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation verboten ist
- Geschäfte (Operationen), die das Eigentumsrecht an Wertpapieren und Immobilien beinhalten, die mit Personen ausländischer Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, durchgeführt (ausgeführt) werden;

b) Transaktionen (Operationen), die unter Buchstabe "a" dieses Absatzes und Absatz 3 des Präsidialerlasses Nr. 79 vom 28. Februar 2022 "Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen in Bezug auf unfreundliche Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und ausländischer Staaten sowie internationaler Organisationen, die sich ihnen anschließen" vorgesehen sind, können auf der Grundlage von Genehmigungen durchgeführt (ausgeführt) werden, die von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erteilt werden und gegebenenfalls Bedingungen für die Durchführung enthalten.

c) Die in Buchstabe a) vorgesehenen Transaktionen (Geschäfte) mit ausländischen Personen, die keine Personen ausländischer Staaten sind, die unfreundliche Handlungen begehen, wenn es sich bei den Transaktionen (Geschäften) um Wertpapiere und Immobilien handelt, die nach dem 22. Februar 2022 von den oben genannten ausländischen Personen von Personen ausländischer Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, erworben wurden, werden gemäß dem in diesem Dekret festgelegten Verfahren durchgeführt (ausgeführt).

d) Geschäfte (Operationen), die gemäß Unterabsatz drei (a) dieses Absatzes ein Eigentumsrecht an Wertpapieren begründen, können im organisierten Handel auf der Grundlage von Genehmigungen ausgeführt werden, die von der Zentralbank der Russischen Föderation im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Russischen Föderation erteilt werden und Bedingungen für die Ausführung (Erfüllung) solcher Geschäfte (Operationen) enthalten.

e) Das in diesem Erlass vorgesehene Verfahren der Durchführung (Erfüllung) von Geschäften (Operationen) gilt nicht für Geschäfte (Operationen), an denen die Zentralbank der Russischen Föderation und staatliche Organe beteiligt sind.

f) Die Kreditinstitute sind berechtigt, vorbehaltlich der in diesem Dekret festgelegten Beschränkungen Geldbeträge in Fremdwährung auf Korrespondenzkonten bei gebietsfremden Banken zu überweisen.

g) ab dem 2. März 2022 die Ausfuhr von Fremdwährungen in Form von Bargeld und (oder) Geldinstrumenten in Fremdwährung aus der Russischen Föderation in einem Gegenwert von mehr als 10.000 US-Dollar, berechnet zu dem am Tag der Ausfuhr geltenden offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, zu verbieten.

2. Die Regierung der Russischen Föderation genehmigt innerhalb von fünf Tagen das Verfahren für die Erteilung der in Absatz 1 Buchstabe b" dieses Erlasses vorgesehenen

Genehmigungen durch die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation.

3. Dieses Dekret tritt am Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft.

Präsident der Russischen Föderation
V. Putin

Die Bank von Russland hat Geldtransfers aus Russland ins Ausland durch Staatsangehörige von Ländern, die Sanktionen gegen Russland angekündigt haben, verboten. Die Zentralbank sandte am 1. März ein entsprechendes Schreiben an die Kreditinstitute. RBC hat das Dokument überprüft; seine Echtheit wurde von zwei Quellen auf dem Zahlungsmarkt bestätigt.

Das Verbot gilt vom 1. März bis zum 31. März 2022 und betrifft natürliche und juristische Personen. Die Liste der Länder, deren Bürger von dem Verbot betroffen sind, umfasst 43 Länder.

Nach GTAI-Angaben gibt es eine behördliche Anordnung der russischen Behörden die besagt: „Jeder Tatbestand der finanziellen und sonstigen Unterstützung eines ausländischen Staates bei Aktivitäten, die gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichtet sind, wird rechtlich bewertet.“ Es wird darauf hingewiesen, dass "die Bereitstellung finanzieller, materieller und technischer, beratender oder sonstiger Unterstützung für einen ausländischen Staat, eine internationale oder ausländische Organisation oder deren Vertreter bei Aktivitäten, die gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichtet sind, den Tatbestand eines Verbrechens gemäß Artikel 275 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Hochverrat) erfüllt.“

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Meldungen aus/über Russland:

Viele Menschen in Russland ziehen massenhaft Geld von ihren Konten ab. An den Bankautomaten etwa in der Moskauer bilden sich wegen der westlichen Sanktionen gegen russische Banken seit Tagen lange Warteschlangen. Dazu kommt: Zahlreiche Menschen verlassen wegen des Krieges in der Ukraine derzeit auch Russland, weil sie Angst vor einer Verschärfung der Lage haben. Deshalb versuchen sie, ihr Bargeld in Sicherheit zu bringen.

Auch viele Bankautomaten geben kein Geld mehr. Aus Angst vor einer Entwertung des Rubels kaufen viele Russen etwa in Moskau Technik wie Mobiltelefone, bevor die Preise hochgesetzt werden.

Wegen der russischen Militäroffensive gegen die Ukraine schränken immer mehr Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zu Russland ein. Jetzt will auch US-Flugzeughersteller Boeing die Lieferung von Teilen, die Wartung sowie den technischen Support für russische Fluggesellschaften einstellen. Zuvor hatte bereits der europäische Rivale Airbus den Betrieb seines Trainingscampus in Moskau ausgesetzt. Auch der US-Ölkonzern ExxonMobil kündigte an, sich schrittweise aus Russland zurückziehen zu wollen.

Die von Sanktionen betroffene Europa-Tochter der russischen Sberbank muss den Betrieb einstellen. Die in Österreich ansässige Sberbank Europe AG werde ein Insolvenzverfahren durchlaufen, teilte die EU-Bankenaufsicht am Dienstagabend mit. Die Tochtergesellschaften in Kroatien und Slowenien werden hingegen an lokale Banken verkauft. Die Bankenaufsicht betonte, dass die Vermögen der Kunden bis 100.000 Euro durch das Einlagensystem abgesichert seien. Die Sberbank, größtes Geldinstitut des Landes und mehrheitlich vom russischen Staat kontrolliert, war eines der ersten Ziele der westlichen Finanzsanktionen gegen Moskau.

Das russische Verkehrsministerium hat einen Erlass ausgearbeitet, der die Schifffahrt in mehreren Abschnitten der Straße von Kertsch in der Nähe der Krim-Brücke verbietet. Das Dokument wurde am Mittwoch auf die Website der Verordnungsentwürfe gestellt, und seine Begutachtung läuft bis zum 8. März. Das Verkehrsministerium begründet die Notwendigkeit der Anordnung mit der Gewährleistung der Sicherheit im Bereich des Verkehrsübergangs.

[Минтранс предложил установить ряд запретных для плавания районов в зоне Крымского моста - Морские вести России \(morvesti.ru\)](#)

4. Sanktionen der USA

Gestern hat US-Präsident Biden seine State of the Union-Rede gehalten und weitere Sanktionen gegen Russland angekündigt, die sich an den EU-Sanktionen orientieren.

Bidens allgemeine Botschaft lautete, dass im Kampf zwischen Demokratie und Autokratie die Demokratien nun die Oberhand gewinnen und die Welt sich für die Seite des Friedens und der Sicherheit entscheidet. In Bezug auf die konkrete Politik verwies Biden zunächst auf die einheitlichen und wirksamen Wirtschaftssanktionen, die von den USA und ihren Verbündeten bereits verhängt wurden, wie z. B. die Abschottung der größten russischen Banken vom internationalen Finanzsystem, die Verhinderung der Verteidigung des Rubels durch die russische Zentralbank und die Beschränkung des Zugangs Russlands zu Schlüsseltechnologien.

Außerdem wurden zwei neue Initiativen angekündigt. Erstens wird das US-Justizministerium eine Task Force einrichten, die gegen die Verbrechen russischer Oligarchen vorgehen und unter anderem Luxusjachten, Häuser und Privatjets beschlagnahmen soll. Zweitens werden die USA ihren Luftraum formell für alle russischen Flüge sperren, um Russland weiter zu isolieren und seine Wirtschaft unter Druck zu setzen.

Obwohl Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Sanktionen die russische Wirtschaft und nicht die Unternehmen und Verbraucher in den USA treffen, räumte Biden ein, dass die Amerikaner die Auswirkungen spüren werden - vor allem in Bezug auf die Energiepreise. Infolgedessen kündigte Biden an, dass die USA mit 30 anderen Ländern zusammengearbeitet haben, um 60 Millionen Barrel Öl aus den weltweiten Reserven freizugeben, darunter allein 30 Millionen aus der strategischen Erdölreserve der USA.

Linkliste:

[Treasury Prohibits Transactions with Central Bank of Russia and Imposes Sanctions on Key Sources of Russia's Wealth | U.S. Department of the Treasury](#)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0612>

<https://www.state.gov/additional-measures-against-the-russian-financial-system/>

5. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Das Land sperrt jetzt seine Häfen für russische Schiffe und vollzieht die Finanzsanktionen der EU nach:

[UK introduces new sanctions against Russia including ban on ships and fresh financial measures - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-introduces-new-sanctions-against-russia-including-ban-on-ships-and-fresh-financial-measures)

Laut den neuen Sanktionen werden russische Schiffe aus britischen Häfen verbannt. Weitere britische Personen und Einrichtungen dürfen keine Finanztransaktionen mit der russischen Zentralbank tätigen. Russlands staatlicher Investitionsfonds und sein Chef wurden mit Sanktionen belegt.

Das Verbot gilt für alle Schiffe, die im Besitz von Personen mit Verbindungen zu Russland sind oder von diesen betrieben werden, und die Behörden erhalten neue Befugnisse zum Festhalten russischer Schiffe. Zusätzliche Wirtschaftsmaßnahmen, die heute vom Außenminister eingeführt wurden und sich u. a. gegen die russische Zentralbank und den Staatsfonds des Landes richten, bedeuten auch, dass der größte Teil des russischen Finanzsystems nun von den britischen Sanktionen betroffen ist.

Die neuen Maßnahmen verbieten britischen Einzelpersonen und Einrichtungen die Erbringung von Finanzdienstleistungen für die Zentralbank der Russischen Föderation sowie für das Finanzministerium und den staatlichen Vermögensfonds.

Außenministerin Liz Truss sagte dazu:

Wir haben gesagt, dass Putin und sein Umfeld den Preis für ihre unprovokierte und illegale Invasion in der Ukraine zahlen würden, und wir stehen zu unserem Wort.

Das Verbot für russische Schiffe, britische Häfen anzulaufen, und neue Wirtschaftssanktionen gegen wichtige russische Finanzinstitutionen, einschließlich der Zentralbank, werden in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten Russlands Wirtschaft schwächen und dazu beitragen, dass Putin verliert.

Wir stehen an der Seite der Ukraine, ihrer Bevölkerung und ihrer Demokratie und werden sie weiterhin diplomatisch, wirtschaftlich, politisch und defensiv unterstützen.

Verkehrsminister Grant Shapps:

Putin und seine Verbündeten müssen die vollen Konsequenzen ihrer böartigen und illegalen Invasion in der Ukraine spüren. Deshalb weise ich ab heute alle britischen Häfen an, alle Schiffe abzuweisen, die unter russischer Flagge fahren, registriert sind, Russland gehören oder von Russland betrieben werden. Indem wir russischen Schiffen den Zugang zu unseren Häfen verwehren, isolieren wir Russland weiter und untergraben seine wirtschaftlichen Möglichkeiten, wodurch Putins Kriegsmaschinerie ausgehungert wird.

Das Vereinigte Königreich hat bei den heute verhängten Sanktionen eng mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zusammengearbeitet, um die russische Zentralbank daran zu hindern, ihre Devisenreserven in einer Weise zu verwenden, die es ihr ermöglicht, die finanziellen Auswirkungen zu mildern.

Darüber hinaus wurde der Sberbank, Russlands größter Bank, die 35 Prozent des Finanzsektors ausmacht, untersagt, Sterling-Zahlungen über das britische Finanzsystem abzuwickeln. Das Vereinigte Königreich hat bereits die zweitgrößte russische Bank, VTB, sowie acht weitere Finanzinstitute mit Sanktionen belegt.

Der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) - der Staatsfonds des Landes - und sein Geschäftsführer Kirill Dmitriev wurden heute ebenfalls mit Sanktionen belegt; ihre Vermögenswerte wurden eingefroren und gegen Dmitriev wurde ein Reiseverbot verhängt. Der RDIF finanziert Projekte von strategischer Bedeutung für Russland. Die Sanktionen verhindern, dass britische Einzelpersonen oder Unternehmen mit dem RDIF Geschäfte machen.

Die Maßnahmen vom 1. März:

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/guidance/russia-sanctions)

Auf dieser Seite finden Sie eine Gesamtübersicht der bisherigen Russland-Sanktionen Londons:

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/guidance/russia-sanctions)

Einzelne Maßnahmen seit vergangener Woche:

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1057799/Notice_Russia_280222.pdf

Schweiz

Quelle: AHK Moskau

Der Bundesrat der Schweiz hat am 28. Februar 2022 beschlossen, die Sanktionspakete der EU vom 23. und 25. Februar zu übernehmen und somit deren Wirkung zu verstärken.

- Sperrung von Vermögen gelisteten Personen und Unternehmen mit sofortiger Wirkung
- Finanzsanktionen gegen den russischen Präsidenten **Wladimir Putin**, Premierminister **Michail Mischustin** und Außenminister **Sergej Lawrow** werden mit sofortiger Wirkung vollzogen

Der Bundesrat beauftragte das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), die bisherige Verordnung basierend auf den Maßnahmen der EU anzupassen. Die Schweiz setzt die Sanktionen in Abstimmung mit der EU in Kraft.

- Erweiterung des seit 2014 bestehenden Einfuhr-, Ausfuhr- und Investitionsverbots hinsichtlich Krim und Sewastopol „auf die ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk, die nicht mehr unter Kontrolle der ukrainischen Regierung sind“
- Luftraum-Sperrung seit Montag, den 28. Februar 15:00 Uhr, für alle Flüge aus Russland und für alle Flugbewegungen von Luftfahrzeugen mit russischer Kennzeichnung, mit Ausnahme von Flügen zu humanitären, medizinischen oder diplomatischen Zwecken
- Einreiseverbote gegen mehrere Personen, die einen Bezug zur Schweiz haben und die dem russischen Staatspräsidenten nahestehen (Namen wurden nicht genannt) / [Der Bundesrat der Schweiz](#)

Außerdem vollzieht die Schweiz die EU-Sanktionen im Finanzbereich nach:

[Switzerland adopts EU sanctions against Russia \(admin.ch\)](#)

Japan

Zusammenfassung der japanischen Maßnahmen

<https://www.engage.hoganlovells.com/knowledgeservices/viewContent.action?key=Ec8teaJ9VaqNqrWXtGCwbMxgHJMklFEppVpbbVX%2B3OXcP3PYxlq7sZUjdbSm5FletvAtgf1eVU8%3D&nav=FRbANEucS95NMLRN47z%2BeeOgEFct8EGQcV7IzHUHOGQ%3D&emailtofriendview=true&freeviewlink=true>

6. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Tagesspiegel:

TUI-Großaktionär Mordaschow verlässt Aufsichtsrat

Der russische TUI-Großaktionär Alexej Mordaschow verlässt angesichts der gegen ihn verhängten EU-Sanktionen den Aufsichtsrat des Reisekonzerns. Das teilte das Unternehmen mit. "Ziel der EU-Sanktionen ist, dass Herr Mordaschow nicht mehr über seine Aktien an der TUI AG verfügen kann", hieß es. So solle verhindert werden, dass Mordaschow Erlöse oder Gewinne aus seiner Beteiligung an dem Konzern erzielen kann. "In diesem Zusammenhang scheidet Herr Mordaschow auch mit sofortiger Wirkung aus dem TUI-Aufsichtsrat aus. Er hat die Niederlegung seines Mandates heute formell gegenüber dem Unternehmen erklärt", hieß es weiter. Auf das Unternehmen selbst hätten die Sanktionen keine Auswirkungen, betonte TUI. Mordaschow ist seit rund 15 Jahren Aktionär der TUI und mit rund einem Drittel der Anteile der größte Einzelaktionär.

Tagesschau.de

Luft- und Schifffahrt: Krieg verschärft Lieferkettenprobleme

Auch die Seeschifffahrt wird die Folgen des Krieges und der im Zuge dessen verhängten Sanktionen gegen Russland zu spüren bekommen. So rechnet der Hamburger Hafen mit Auswirkungen auf die Lieferketten und den Güterumschlag. Konkret beziffern lässt sich dies noch nicht, sagte Hamburgs Wirtschaftssenator Michael Westhagemann. Es sei aber absehbar, dass es Beeinträchtigungen geben werde. "Das wird Auswirkungen haben", so Westhagemann.

Deutlich größer als die Containerverkehre sei der Umschlag von Massengut wie Kohle und Holz, sagte der Vorstand der Marketinggesellschaft, Axel Mattern. Zahlen dazu nannte er nicht. Aktuell gibt es den Angaben zufolge zehn Liniendienste zwischen dem Hamburger Hafen und Russland, sieben davon mit St. Petersburg, die anderen mit Kaliningrad, dem früheren Königsberg.

Der Chef der Hafenbehörde (HPA), Jens Meier, erklärte, der Handelsverkehr mit Russland sei zum Erliegen gekommen. "Im Moment sind alle ein wenig ratlos." In der Hansestadt gebe es viele Firmen, die seit Jahren mit Russland Handel trieben. Man könne nur die Hoffnung aussprechen, dass sich die Dinge wieder normalisierten und das Leid in der Ukraine beendet werde, so Meier.

Russischen Schiffen droht indes ein Einlaufverbot in Häfen in der EU. Ein Beschluss aus Brüssel hierzu steht jedoch noch aus. "Es gibt aktuell noch keine eindeutige Regelung." Nach Meiers Angaben gibt es aktuell in Hamburg zwar nur sehr wenige Anläufe von Schiffen, die unter russischer Flagge fahren. Bei einem Embargo gehe es allerdings "um die Waren". Er wies darauf hin, dass Waren mit Ziel Russland nicht zwangsläufig von Schiffen unter russischer Flagge transportiert würden. Frankreich und Großbritannien hätten bereits erste Schiffe von russischen Eignern abgewiesen, sagte Meier weiter. "Ich rechne in Kürze mit

einer klaren Ansage, was nicht mehr erlaubt ist." Dabei werde man auch auf die Eigner der Schiffe achten. Laut dem Verein Hafen Hamburg Marketing haben viele Reedereien Buchungsstopps für Transporte in Richtung Russland verhängt.

[Польша готова немедленно остановить импорт российского угля - Морские вести России \(morvesti.ru\)](#)

Polen ist bereit, die Einfuhr russischer Kohle sofort zu stoppen

Polen hat Australien um Kohlelieferungen gebeten, da Warschau beabsichtigt, Kohle aus Russland so bald wie möglich abzulehnen. Dies sagte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Mittwoch bei einem gemeinsamen Briefing mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel.

dpa:

Krieg gegen Ukraine lässt Sorgen über Lebensmittelversorgung steigen

Verschiedene Hilfsorganisationen und Verbände warnen vor den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine für die Lebensmittelproduktion. Während für die EU derzeit vor allem steigende Kosten erwartet werden, könnten die Auswirkungen für Länder südlich der Union weitaus dramatischer werden. Denn mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel, die das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in Krisenregionen verteilt, stammt eigenen Angaben zufolge aus der Ukraine.

«Putins Krieg überzieht nicht nur die Ukraine mit unermesslichem Leid. Die Auswirkungen werden weit über die Grenzen der Region zu spüren sein», sagte der Direktor des WFP in Deutschland, Martin Frick. Das WFP ist in mehr als 80 Ländern aktiv. Schon jetzt seien knapp 280 Millionen Menschen von akutem Hunger betroffen. Die Welt könne sich keinen weiteren Konflikt leisten. Auch für die Europäische Union ist die Ukraine ein wichtiger Partner im Agrarhandel.

«Die Ukraine ist der viertgrößte externe Lebensmittellieferant der EU und beliefert die EU mit einem Viertel ihrer Getreide- und Pflanzenölimporte», teilte der europäische Bauernverband Copa Cogeca mit. In wenigen Tagen beginne die Frühjahrssaat, überschattet von den Militäraktionen auf ukrainischem Gebiet. Dies werde sich stark auf die Ernte im Sommer auswirken.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium teilte in einer ersten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage mit, dass «eine weitere Verteuerung von Lebensmitteln sowie eine Steigerung der Inflationsrate nicht auszuschließen» sei. Auch Copa Cogeca hält höhere Preise für möglich. Die EU-Agrarminister wollten sich am Mittwoch bei einer Videokonferenz über die Auswirkungen des Krieges austauschen. Schon jetzt sei Stickstoffdünger sehr teuer und knapp, teilte der Deutsche Bauernverband kürzlich mit. Der für Landwirte wichtige Stickstoffdünger wird aus Erdgas hergestellt - sollten also die Gaspreise durch die Eskalation

noch weiter steigen, würde das auch die Kosten für Bäuerinnen und Bauern in die Höhe treiben.

Für Deutschland und die EU rechnen die Verbände und Experten nach derzeitigem Stand aber nicht mit Engpässen bei Lebensmitteln. «Aus der gegenwärtigen furchtbaren Situation der Kriegshandlungen in der Ukraine eine unmittelbare Versorgungskrise abzuleiten, würde viel zu weit übers Ziel hinausschießen», so etwa Martin Banse, Agrarexperte und Chef des Thünen-Instituts für Marktanalyse. Das Bundeslandwirtschaftsministerium teilt die Auffassung, dass vor allem Länder in Nordafrika und Asien sowie die Türkei als Hauptimporteure betroffen sein könnten. Ministeriumsangaben zufolge erzeugt Russland etwa zehn Prozent des Weizens weltweit, aus der Ukraine kommen vier Prozent.

Für Länder in Afrika, Nordafrika und Westasien hat der Weizenimport eine große Bedeutung. So waren die Kosten für Lebensmittel etwa ein wichtiger Faktor im sogenannten Arabischen Frühling, eine Serie von Massenprotesten. «Die soziale Stabilität in diesen Ländern hängt vom Brotpreis ab», sagt Banse.

Ägypten - mit mehr als 100 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt - importiert einen großen Teil seines Weizens aus Russland und der Ukraine. Gleiches gilt für Tunesien. Dort sind vor allem arme Menschen dringend auf Brot angewiesen. Experten in Tunesien warnen bereits vor heftigen Preissteigerungen wegen des Krieges. Künftig könnte zwar Getreide etwa aus Argentinien oder Rumänien kommen - aber ob das reicht, ist unklar.

Andere Staaten in Westasien stehen vor ähnlichen Problemen. Die Türkei kaufte 2020 rund 65 Prozent ihres Weizens aus Russland. Eine Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau könnte die Einfuhren verteuern. Wenn nun etwa erneut die Brotpreise steigen - die Türkei leidet gerade unter einer besonders hohen Inflation - könnte das auch den Ärger gegen die Regierung des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan weiter befeuern.

Kurzfristig kann eine mögliche Versorgungslücke laut Agrarexperte Banse nicht von der EU geschlossen werden. Sie sei zwar lange ein wichtiger Lieferant von Weizen für diese Länder gewesen, aber dann von der Ukraine und Russland aus dem Markt gedrängt worden. Zudem seien die Speicher in der EU nicht besonders gut gefüllt. «Die Lager sind zurzeit, ich will nicht sagen leer, aber ziemlich leer, so dass hier Europa kurzfristig nicht so schnell in die Bresche springen kann», betont Banse.

Spiegel:

[Siemens stoppt Neugeschäft in Russland - DER SPIEGEL](#)

Siemens wird bis auf Weiteres keine neuen Geschäfte in Russland abschließen. Das bestätigte eine Sprecherin des Konzerns dem SPIEGEL. Man habe alle neuen Geschäfte und internationalen Lieferungen nach Russland eingestellt.

Der Grund: »Wir halten uns bei unseren Geschäftsaktivitäten in und mit Russland selbstverständlich an geltendes Recht sowie an die geltenden Exportkontrollrichtlinien und an das geltende Sanktionsrecht«, so die Sprecherin. Seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine am 24. Februar versuchen die USA, die Länder der Europäischen Union und weitere Staaten, durch drastische Wirtschaftssanktionen Druck auf Russland auszuüben.

Man prüfe weiterhin die vollen Auswirkungen der Sanktionen, hieß es weiter von Siemens: »Unsere lokalen Service- und Wartungsaktivitäten werden wir unter strikter Einhaltung der Sanktionen fortsetzen.«

RND:

[Weitere Sanktionen: Apple und andere große Unternehmen stellen Geschäfte in Russland ein \(rnd.de\)](#)

Bekanntere amerikanische Unternehmen wie Apple, Google, Ford, Harley-Davidson und Exxon Mobil, haben Russland für den Einmarsch in die Ukraine verurteilt. Zuvor hatten Investoren und Verbraucher erheblichen Druck ausgeübt.

[Krieg in der Ukraine : ++ EU-Sanktionen sind in Kraft ++ | tagesschau.de](#)

Reeder: 100 Schiffe liegen in Krisenregion fest

In Häfen in der Kriegsregion zwischen der Ukraine und Russland sitzen nach Reeder-Angaben etwa 100 Schiffe fest. Darunter seien mehrere deutsche Frachter, sagte ein Sprecher des Verbands Deutscher Reeder (VDR). "Ablegen ist unmöglich, es gibt keine Schlepper. Das Seegebiet ist wahrscheinlich vermint." Der Verband fordert, dass alle Schiffe mit ihren Besatzungen die Region verlassen dürfen. "Russland muss die Freiheit der Schifffahrt respektieren. Unbeteiligte Handelsschiffe dürfen nicht angegriffen werden", sagte Verbandschefin Gaby Bornheim bei einer Pressekonferenz zur Lage der Branche.

dpa:

NRW legt Arbeit seiner Wirtschaftsaußenbüros in Russland auf Eis

Als Reaktion auf Russlands Krieg in der Ukraine ruht ab sofort die Arbeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsaußenbüros in Moskau und St. Petersburg. Die landeseigene NRW-Global Business GmbH unterhalte in Russland diese beiden Büros, teilte das

Wirtschaftsministerium am Mittwoch mit. Zuvor hatte die «Westdeutsche Allgemeine Zeitung» darüber berichtet.

Aufgrund der schwierigen politischen Rahmenbedingungen habe die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in St. Petersburg bereits Ende 2021 erste Schritte zur Schließung dieser Repräsentanz eingeleitet. Im Laufe dieses Jahres solle das Büro endgültig geschlossen werden - anders als in Moskau, wo die Mitarbeiterin gleichzeitig Repräsentantin des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft sei.

7. Hilfsaktionen

Immer mehr Unternehmen wenden sich mit Hilfsangeboten an den Ost-Ausschuss. Unter anderem werden Arbeits- und Praktikantenplätze für ukrainische Flüchtlinge angeboten, sowohl in Deutschland, als auch in Niederlassungen im östlichen Europa. Einige Unternehmen haben auch Hilfstransporte mit Lebensmitteln auf den Weg gebracht. Wir sammeln alle Hilfsangebote und versuchen zu koordinieren. Dies gilt auch für Spendenaufrufe. Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.

Berlin
Rotary
Platz der Republik



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. **Country -**
2. **Name -**
3. **City/town -**
4. **Phone number (für WhatsApp?) -**
5. **Amount of people I can host -**
6. **For how long I can host -**
7. **What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPubLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationssseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutsche-bank.de)

Weitere Links von Initiativen:

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

